



SHIA E.V. LANDESVERBAND SACHSEN

zur öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission

„Aufarbeitung der Corona-Pandemie“ – Sächsischer Landtag, 5. Juni 2026

„ZWISCHEN BELASTUNG UND UNTERSTÜTZUNG: DIE PANDEMIE AUS SICHT DER SOZIALEN EINRICHTUNGEN UND FAMILIEN, INSBESONDERE ALLEINERZIEHENDE“

Der SHIA e.V. Landesverband Sachsen war am 5. Juni 2026 als Sachverständiger in der öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Corona-Pandemie: Lehren für den zukünftigen Umgang mit Pandemien im Freistaat Sachsen“ im Sächsischen Landtag vertreten. Thema der Anhörung war die Perspektive sozialer Einrichtungen und insbesondere die Situation von Familien, mit besonderem Fokus auf Alleinerziehende.

In unserer Stellungnahme haben wir die massiven Auswirkungen der Corona-Maßnahmen auf alleinerziehende Familien in Sachsen deutlich gemacht. Im Mittelpunkt stand dabei die nahezu vollständige Überlastung dieser Familienform durch den gleichzeitigen Wegfall zentraler Betreuungs- und Unterstützungsstrukturen.

Wir haben insbesondere dargestellt, dass:

- Schul-, Kita- und Hortschließungen zu einem faktischen Zusammenbruch der Betreuungsinfrastruktur geführt haben,
- Alleinerziehende Erwerbsarbeit, Kinderbetreuung und Homeschooling gleichzeitig allein bewältigen mussten,
- niedrigschwellige Unterstützungs- und Beratungsangebote weitgehend weggefallen sind,
- Notbetreuungsregelungen zu eng gefasst, bürokratisch und in der Praxis häufig nicht zugänglich waren,
- die soziale und finanzielle Ungleichheit deutlich verschärft wurde, da Alleinerziehende bereits vor der Pandemie überdurchschnittlich armutsgefährdet waren,
- und die Krisenpolitik die Lebensrealität Alleinerziehender strukturell nur unzureichend berücksichtigt hat.

Besonders kritisch haben wir hervorgehoben, dass in der Praxis teilweise so extreme Belastungssituationen entstanden sind, dass Alleinerziehende sich gezwungen sahen, als letzten Ausweg sogar eine Meldung beim Jugendamt wegen möglicher Kindeswohlgefährdung in Betracht zu ziehen, um überhaupt Zugang zu Unterstützung oder Entlastung zu erhalten. Dies verdeutlicht die Tiefe der strukturellen Versorgungslücken.



Darüber hinaus haben wir deutlich gemacht, dass die bestehenden Hilfesysteme während der Pandemie vielfach fragmentiert, schwer erreichbar oder nicht koordiniert waren. Eine Einbindung des Landesfamilienverbandes SHIA e.V. LV Sachsen als Interessenvertretung von Alleinerziehenden und ihren Kindern erfolgte nicht - trotz vielfacher Schreiben und Brandmail an die Staatsregierung. Die Lebensrealität Alleinerziehender wurde in zentralen politischen Entscheidungen in keinsten Weise berücksichtigt.

Auch die strukturelle Dimension wurde unterstrichen: Alleinerziehende tragen dauerhaft die alleinige Verantwortung für Erwerb, Sorgearbeit und Organisation des Alltags und verfügen gleichzeitig im Durchschnitt über deutlich geringere finanzielle Ressourcen als Paarfamilien. Diese Ausgangslage führte dazu, dass Krisenfolgen ungleich stärker und existenzgefährdend bei ihnen auftraten.

BEWERTUNG DER ANHÖRUNG

Die anschließende Fragerunde ergab aus unserer Sicht ein gemischtes Bild.

Die Fragen der Regierungsfractionen SPD und CDU sowie von Linke und Bündnis 90/Die Grünen blieben überwiegend enttäuschend allgemein und gingen nur begrenzt auf die spezifische Lebensrealität Alleinerziehender ein. Der Fokus lag hier eher auf institutionellen Abläufen als auf den konkreten Folgen für die betroffenen Familien.

Die Fraktion des BSW wie auch die AfD stellten hingegen überwiegend sachbezogene, interessierte und inhaltlich nachfragende Fragen, die eine vertiefte Auseinandersetzung mit den dargestellten Problemen ermöglichten.

Unverständlich blieb für uns zudem, dass neben dem eigentlichen Anhörungsthema „Auswirkungen auf Familien, insbesondere Alleinerziehende“ auch stärker institutionelle Perspektiven von Kommunen und Ministerium im Mittelpunkt standen. Diese Akteure sind zwar als Träger sozialer Infrastruktur relevant, waren jedoch in der Pandemie nicht in erster Linie an der Lebensrealität der Familien selbst, sondern an der Umsetzung administrativer Strukturen beteiligt. Dadurch verschob sich der Fokus nachteilig weg von der Betroffenenperspektive.

EINORDNUNG

Die Anhörung hat erneut gezeigt, dass die realen Lebenssituationen alleinerziehender Familien unterschätzt werden und die strukturellen Probleme scheinbar kaum bekannt sind, vor allem in der politischen Umsetzung nicht berücksichtigt werden. Die Pandemie hat diese Defizite nicht verursacht, sondern sehr deutlich verschärft.

Für künftige Krisen bleibt entscheidend, dass Familienpolitik nicht abstrakt über Verwaltungssysteme geführt wird, sondern konsequent an der realen Lebenssituation der betroffenen Familien ausgerichtet wird. Das heißt als notwendige Konsequenzen für den Freistaat Sachsen eine komplette strukturelle familienpolitische Neuausrichtung und die Umsetzung des Landesaktionsplan für Alleinerziehende.



WAS BLEIBT UND WAS FOLGT

Enttäuschend und ernüchternd ist jedoch die Erkenntnis, dass sich die Situation alleinerziehender Familien nach der Pandemie nicht verbessert hat. Eine konsequent gemeinwohlorientierte Politik, die sich an den Schwächsten ihrer Gesellschaft orientiert, ist derzeit nicht erkennbar.

Im Gegenteil: Aktuelle Entwicklungen – etwa - statt die zielgenaue Weiterentwicklung, einfach die Abschaffung des Sächsischen Landeserziehungsgeldes u.a. mit dem an Zynismus nicht mehr zu überbietendem verschriftlichem Argument, dass Familien dadurch entlastet werden, weil sie nun einen Antrag weniger zu stellen brauchen – sowie die angespannte Finanzlage des Freistaates und vieler Kommunen verschärfen die Situation. Auch die Lage in Kitas und Schulen zeigt weiterhin erhebliche strukturelle Belastungen.

Damit wird eine politisch verursachte Erosion sozialstaatlicher Stabilität und des gesellschaftlichen Zusammenhalts sichtbar. Soziale Infrastruktur wird unter Finanzierungsvorbehalten gestellt und verliert an Verlässlichkeit.

Soziale Gerechtigkeit und verlässliche Unterstützungssysteme sind zu politischen Floskeln geworden. Während andere Politikfelder stärker in den Fokus rücken, fehlt es gleichzeitig an klarer Priorisierung der sozialen Basis des Gemeinwesens.

Für Alleinerziehende bedeutet diese Entwicklung eine weitere Verschlechterung der Perspektiven. Statt Entlastung nehmen Anforderungen, Belastungen und Unsicherheiten weiter zu. Für Alleinerziehende und ihre Kinder gibt es aktuell wie perspektivisch keine positive Lebensoption.

MEDIEN UND DOKUMENTATION

Die Anhörung ist in der Mediathek des Sächsischen Landtags sowie im offiziellen Wortprotokoll der Sitzung dokumentiert.